

Entwurf

Schutzverordnung über die Kulturobjekte ausserhalb der Altstadt

Geltungsbereich	<p>Art. 1</p> <p>¹ Die Schutzverordnung umfasst Bauten ausserhalb der Altstadt, die Schutzgegenstände im Sinne von Art. 98 lit. f BauG sind.</p> <p>² Die Bauten, die Schutzgegenstände im gesetzlichen Sinne sind, werden im Verzeichnis der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt und im dazugehörenden Schutzplan aufgeführt. Verzeichnis und Schutzplan sind Bestandteil dieser Schutzverordnung.</p>
Schutzzumfang	<p>Art. 2</p> <p>¹ Der Schutz umfasst für die aufgeführten Bauten grundsätzlich:</p> <ul style="list-style-type: none">a) das äussere Erscheinungsbild und die Struktur des Gebäudes;b) die innere Bausubstanz und die charakteristischen Elemente des Aussenraumes, soweit diese für die Schutzwürdigkeit mitbestimmend sind. <p>² Der Schutzzumfang wird im Einzelnen im Baubewilligungsverfahren festgelegt.</p>
Bewilligungspflicht	<p>Art. 3</p> <p>Bei den aufgeführten Bauten sind bewilligungspflichtig:</p> <ul style="list-style-type: none">a) bauliche Veränderungen;b) Fassadenrenovationen und –anstriche;c) Zweckänderungen;d) charakteristische Elemente des Aussenraumes.
Eingriffe	<p>Art. 4</p> <p>¹ Bauliche Eingriffe sind zulässig</p> <ul style="list-style-type: none">a) soweit die Schutzwürdigkeit der Baute, einzelner Bauteile oder charakteristischer Elemente des Aussenraumes nicht beeinträchtigt werden;b) soweit die Bausubstanz oder eine sachgerechte Erneuerung die uneingeschränkte Erhaltung ausschliessen;c) soweit ein anderes, das Interesse an der uneingeschränkten Erhaltung überwiegendes Interesse besteht. <p>² Bauliche Eingriffe müssen in höchstmöglichem Masse auf die Schutzwürdigkeit Rücksicht nehmen und für sich und im Zusammenhang mit dem Gebäude sehr gut gestaltet sein.</p> <p>³ Störende bauliche Elemente, die bei früheren Umbauten oder Renovationen entstanden sind, müssen bei baulichen Änderungen im Bereich dieser Elemente entfernt oder besser gestaltet werden, soweit dies zumutbar ist.</p>
Ergänzungen	<p>Art. 5</p>

¹ Der Stadtrat kann das Verzeichnis ergänzen, wenn eine Grundeigentümerin oder ein Grundeigentümer den Antrag auf Unterschutzstellung eines Gebäudes stellt.

² Der Stadtrat ergänzt das Verzeichnis, wenn

- a) eine Schutzvereinbarung abgeschlossen oder eine Schutzverfügung getroffen worden ist;
- b) eine Sonderbauvorschrift gemäss Art. 2 Abs. 2 BO den Schutz einer Baute vorsieht.

Entlassungen

Art. 6

¹ Der Stadtrat entlässt Bauten aus dem Verzeichnis oder die Baubewilligungskommission setzt den Schutzzumfang herab, wenn

- a) der Bauzustand die Erhaltung nicht mehr oder nicht mehr in gleicher Weise rechtfertigt;
- b) sonstige öffentliche oder schützenswerte private Interessen das Interesse an der Erhaltung überwiegen.

² Vorbehalten bleibt die Durchführung der öffentlichen Auflage- und Einspracheverfahren.

